

Nr. 2026/4

Bosnien und Herzegowina

Europas verwundbarer Hinterhof angesichts
des geräuschlosen Vordringens externer
Akteure

von Sascha Arnautović
April 2026

AIIES COMMENT

Bosnien und Herzegowina Europas verwundbarer Hinterhof angesichts des geräuschlosen Vordringens externer Akteure

Einleitung

Wenn überhaupt scheint Bosnien und Herzegowina (BiH) am ehesten noch hinsichtlich des Themas „EU-Erweiterung“ europapolitisch interessant zu sein. Sicherheitspolitische Aspekte, die nicht minder bedeutsam sind, werden hingegen oftmals sträflich vernachlässigt, wobei sie, das sollte an dieser Stelle betont werden, erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität des Westbalkans, aber auch auf die inzwischen vermehrt fragile Sicherheit Europas haben können.

Jenseits der medialen Aufmerksamkeit bahnt sich aktuell mit dem zunehmenden Einfluss externer Akteure wie Russland und China in der *Republika Srpska* (RS) eine sicherheitspolitisch problematische Entwicklung an. Diese ist ohnehin schon seit Jahren wegen des bosnisch-serbischen Separatistenführers Milorad Dodik ein ständiger Unruheherd, dessen Macht sich zwar nicht mehr länger in einem offiziellen politischen Amt äußert, der jedoch im Hintergrund immer noch die Fäden in der RS in der Hand hält. Dank seiner politischen Umtriebigkeit ermöglicht er es offenbar sowohl Moskau als auch Peking, ihren Einfluss im serbisch dominierten Landesteil von BiH kontinuierlich auszudehnen und damit ökonomisch, geopolitisch und sicherheitspolitisch in Europas Hinterhof – relativ unbemerkt – Fakten zu schaffen. Neben einträgli-

chen Geschäften im Energiesektor sind sowohl strategische Rohstoffpartnerschaften als auch die Einfuhr von Überwachungstechnik von zunehmender Relevanz und lassen aufhören.

Derartige Entwicklungen sollten zukünftig stärker im Fokus von Brüssel und von anderen europäischen Hauptstädten stehen. Dieser Beitrag soll in dieser Hinsicht als ein Weckruf verstanden werden, in „EU-Europa“ nicht mehr länger naiv unterwegs zu sein und genauer hinzuschauen – gerade auch in Bezug auf geopolitisch und sicherheitspolitisch relevante Fragen, die für den europäischen Kontinent – nach Lage der Dinge – künftig von besonders großer Bedeutung sein dürften.

Dodiks (erzwungener) Rückzug aus der ersten Reihe der Politik

Seit dem 7. Juli 2023 existiert in BiH eine Staatskrise, die dringend eines erfolgreichen Krisenmanagements bedarf, um die schwierige Situation in dem kleinen Balkanstaat vielleicht doch noch zum Guten zu wenden. Milorad Dodik als langjähriger Präsident der RS wehrte sich lange Zeit mit allen ihm zu Verfügung stehenden Mitteln gegen die Entscheidungen des bosnischen Verfassungsgerichts und des Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft in BiH, namentlich Christian Schmidt. Doch dann wurde die

Luft für den bosnischen Serbenführer immer dünner, weil er am 26. Februar 2025 einen Gerichtsentscheid zur Kenntnis nehmen musste, wonach er zu einem Jahr Haft verurteilt worden ist. Doch damit nicht genug, es kommt für ihn sogar noch schlimmer: Er darf darüber hinaus sechs Jahre lang kein politisches Amt mehr aktiv ausüben.

Allerdings wäre Dodik nicht Dodik, wenn er nicht auch in einer derart brenzligen Situation eine passende Antwort parat gehabt hätte: Er drohte nämlich seinerseits mit der Spaltung von BiH für den Fall, dass das Gericht bei seinem Urteil bleiben sollte. Im Hinterkopf hatte er sicherlich noch die Gewissheit, dass er mit der Unterstützung der Russischen Föderation, der Republik Serbien und der Republik Ungarn, immerhin ein EU-Mitgliedstaat, rechnen konnte. Nur die EU und die USA unter Trump 2.0 verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebiets und der Grenzen des souveränen Staates BiH, sparten aber nicht mit Kritik an Dodik und stellten die klare Forderung an ihn zum Einlenken in dieser Angelegenheit.

Doch der bosnische Separatistenführer hatte zu diesem Zeitpunkt nochmals Glück gehabt, weil das Gerichtsurteil ein nur vorläufiges Urteil darstellte, welches zudem noch nicht rechtskräftig gewesen ist. Milorad Dodik wusste sich in dieser Phase noch einmal zu helfen, da

er sich von Polizisten in der RS schützen ließ. Angesichts dessen erschien das Risiko einer innerstaatlichen Auseinandersetzung zu dieser Zeit zu groß, um aufs Ganze zu gehen.

Doch dann folgte die überraschende Kehrtwende Dodiks: Er legt seinerseits offiziell Berufung gegen das Gerichtsurteil ein, womit er in gewisser Weise am Ende doch noch das Verfassungsgericht von BiH anerkannte. Die Konsequenz daraus: Am 1. August 2025 ist das Urteil gegen Milorad Dodik durch die Berufungskammer des Obersten Gerichts von BiH bestätigt worden. Trotzdem gelang ihm erneut ein Husarenstück, das sich darin äußerte, dass er dem Vollzug seiner Haftstrafe mittels einer Kaution ein weiteres Mal entkam.

Doch die Freude auf seiner Seite sollte nicht lange anhalten: Bereits am 6. August letzten Jahres erklärte die staatliche Wahlkommission ganz offiziell seinen Amtsverlust. Auch eine hastig eingelegte Berufung brachte keine Trendwende mehr, sie wurde am 18. August zurückgewiesen. Dodiks politisches Ende scheint somit – zumindest auf absehbare Zeit – besiegelt zu sein, auch wenn sein Nachfolger Siniša Karan sich sicherlich nicht ganz von ihm wird lösen können, selbst wenn er es irgendwann wollte. Milorad Dodik erhebt Anspruch auf den Vorsitz seiner Partei „Bund der unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD), der bisherigen Regierungspartei. Der Grund hierfür dürfte sicherlich sein, dass er immer noch als Strippenzieher hinter den Kulissen fungieren

möchte. Seinen radikalen und nationalistischen Kurs wird er deshalb sicherlich weiterhin aufrechterhalten wollen. Dennoch steht fest: Dodik musste sich hinsichtlich seines ursprünglichen politischen Amtes am Ende den gesamtstaatlichen Institutionen von BiH und dem internationalen Druck beugen.

Milorad Dodiks Spiel mit Moskau und Washington gleichzeitig

Gleichwohl wird der bosnische Serbenführer auch zukünftig jede sich ihm bietende Gelegenheit nutzen, um seine guten Kontakte zu Moskau strategisch zu nutzen, damit – im beiderseitigen Interesse – ein Bollwerk gegen eine EU-Erweiterungsperspektive für die sechs Staaten des westlichen Balkans in Stellung gebracht werden kann. Zu Hilfe kommt ihm – überraschenderweise – zusätzlich noch „Trumps Amerika“. Eben dieses pocht einerseits auf die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas, was Dodik unter allen Umständen zu verhindern versucht, da er auf eine Abspaltung von dem Gesamtstaat bzw. von dem Zentralstaat abzielt. Andererseits war aber Donald J. Trump Jr. noch vor Kurzem in der RS zu Besuch, um offensichtlich im Auftrag seines Vaters den Versuch zu unternehmen, die Beziehungen zu Dodik und dessen Umfeld zu verbessern, was sich darin niederschlug, dass zuvor verhängte US-Sanktionen gegen ihn und seine Gefolgsleute aufgehoben wurden.

Für die Krönung des Ganzen sorgte schließlich noch Trumps erwähnter Sohn, indem dieser

während seines Besuchs in der RS – laut Medienberichten – lautstark gegen die EU gewettert haben soll. Spätestens hieran wird einmal mehr deutlich, wie die europäisch-amerikanischen Beziehungen innerhalb von nicht einmal eineinhalb Jahren in Trumps zweiter Amtszeit gelitten haben. Anstatt miteinander im transatlantischen Rahmen arbeitet das Weiße Haus größtenteils gegen Europa, sodass die transatlantische Entfremdung in der politischen Praxis diesseits und jenseits des Atlantiks immer realer wird. Dies dürfte weitreichende Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen haben.

Die EU sollte daher gewarnt sein und Brüssel endgültig verstehen, dass der europäische Hinterhof immer mehr zur Zielscheibe wird und gegenüber entsprechenden Aktionen verschiedener interner und externer Akteure verwundbar ist, die bewusst gegen die EU und ihre Interessen arbeiten und die geopolitischen Realitäten auch an den EU-Außengrenzen mit aller Macht zu ihren Gunsten verändern wollen. Das Problem ist, dass nun schnell und klar in der Sache gehandelt werden sollte, damit das Schlimmste noch verhindert werden kann.

Was jetzt zu tun ist: Handlungs- und Politikempfehlungen

Das eine ist, die Realität zu erkennen. Das andere hingegen ist, die geeigneten Maßnahmen dafür zu treffen und dann konsequent und schnell zu handeln. Fakt jedenfalls ist, dass sowohl der „Kampf um die Ressourcen

der Zukunft“¹ als auch der Wettstreit zwischen den Ideologien auf dem Westbalkan in vollem Gange sind. Deswegen braucht es auf diese weiteren Herausforderungen für EU-Europa Antworten, die kein Nischendasein mehr fristen sollten, sondern denen künftig größere Aufmerksamkeit zuteilwerden sollte. Zu risikobehaftet wäre ein Wegschauen Brüssels und anderer europäischer Hauptstädte im Hinblick auf die durchaus besorgniserregenden Entwicklungen in Südosteuropa.

Es stellt sich daher folgende dringende Frage: *Was genau sollte angesichts dessen passieren, um den jüngsten problematischen Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina und darüber hinaus entgegenzuwirken?*

Dazu folgende Ausführungen:

Trotz aller durchaus berechtigten Skepsis gegenüber der EU-Beitrittsfähigkeit einzelner Westbalkanstaaten muss abgewogen werden zwischen einerseits dem Verbesserungsbedarf, der selbstverständlich noch vorhanden ist, und andererseits der Notwendigkeit einer möglichst zügigen Aufnahme der Westbalkanländer in die EU, vor allem wegen der Gefahren, die durch die politische Führung in der RS und zusätzlich durch Moskau und Peking zu erwarten sind, die durch schnelles Handeln auf dem Westbalkan Räume besetzen und Abhängigkeiten schaffen wollen.

Bevor die Handlungs- und Politikempfehlungen hier zum Thema gemacht werden, lohnt

sich ein kurzer Blick auf dasjenige, was die EU bereits in ihren Beziehungen zum westlichen Balkan angedacht hat:

Erstens: Der im Jahr 2000 eingeleitete Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (kurz: SAP), der parallel zu den EU-Beitrittsverhandlungen vollzogen wird und diese konstruktiv unterstützen soll. Dabei ist zu beachten, dass alle Partnerländer auf dem Westbalkan Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet haben. Die Vereinbarungen sind jeweils auf die betreffenden Partnerstaaten zugeschnitten. Aber damit nicht genug: Brüssel prüft etwaige Möglichkeiten für eine schrittweise Integration der Partnerländer auf dem Westbalkan schon während des Erweiterungsprozesses, indem das Potenzial bereits bestehender Instrumente genutzt wird.

Es braucht in Brüssel einen klaren Blick auf die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina.

Zweitens: Der sogenannte Wachstumsplan für den Westbalkan vom November 2023 soll den Partnerstaaten der EU auf dem Westbalkan zu deren Unterstützung und Förderung auf ihrem „europäischen Weg“ dienen, damit möglichst zügig ein Prozess in Gang kommt, der es den sechs beitragswilligen Westbalkanländern gestattet, sich in ihren ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen schrittweise dem EU-Rahmen anzunähern. Der besagte Plan ergänzt

die bestehende EU-Hilfe und die finanzielle Unterstützung vonseiten Brüssels, die innerhalb des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) geleistet wird. Der Plan verbindet vier Säulen miteinander und dient der Erreichung folgender Ziele:

- Der Stärkung der wirtschaftlichen Integration der Partnerstaaten auf dem Westbalkan in den EU-Binnenmarkt.
- Der Förderung der regionalen wirtschaftlichen Kooperation durch den sogenannten gemeinsamen regionalen Markt.
- Der Beschleunigung von Reformen mit EU-Bezug.
- Der Aufstockung der finanziellen Unterstützung von Brüssel durch eine spezielle Reform- und Wachstumsfazilität im Sinne eines zentralen EU-Finanzierungsinstruments, das den Partnerstaaten der EU bei deren wirtschaftlicher Konvergenz (Angleichung der Wirtschaftskraft bzw. ökonomischer Kennzahlen zwischen Ländern bzw. Regionen) und bei ihrer Vorbereitung auf ihre EU-Mitgliedschaft hilft.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: *Reicht das und bringt es den kleinen Balkanstaat BiH in seinen EU-Beitrittsbemühungen angesichts der bereits angesprochenen langjährigen innenpolitischen Probleme mit der RS und vor dem Hintergrund der politischen Einflussnahme durch externe Akteure wirklich weiter?*

Die kurze Antwort darauf lautet: nein!

Was aber muss konkret geschehen, damit auch in dieser Hinsicht für BiH Besserung zu erwarten ist?

Es braucht in Brüssel einen klaren Blick auf die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina, so wie sie sich in jüngster Zeit darstellen. Hierbei müssen zwei Bereiche – fein säuberlich voneinander getrennt – stärker in den Fokus rücken:

Zunächst einmal die innenpolitische Entwicklung des Balkanlandes, wo – meiner Meinung nach – der Versuch unternommen werden sollte, die politische Lage nach der erfolgten Präsidentschaftswahl in der RS am 23. November 2025 einmal nüchtern und sorgfältig zu analysieren. Bei dieser spielte Milorad Dodik und sein fortwährender Widerstand gegen die Entscheidungen des bosnischen Verfassungsgerichts und des Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft für BiH keine zentrale Rolle mehr, da er sich letztlich der Berufungskammer des Obersten Gerichts von BiH beugen musste. Abgesehen davon war am 6. August letzten Jahres mit der offiziellen Erklärung der staatlichen Wahlkommission der Amtsverlust Dodiks endgültig besiegelt. Laut Urteil muss er eine einjährige Haftstrafe verbüßen und darf sechs Jahre lang nicht mehr politisch aktiv sein. Dabei sollte u. a. folgende Frage beantwortet werden: *Gibt es berechnete Hoffnungen darauf, wenigstens mit Dodiks Nachfolger im Amt politische Fortschritte zu erzielen?*

Ein weiterer relevanter Punkt in diesem Zusammenhang wäre

eine mögliche Unterstützung Brüssels hinsichtlich der ins Stocken geratenen Aussöhnungsprozesse der verschiedenen Ethnien (sprich: Bosniaken, Serben, Kroaten und andere Gruppen) in BiH, deren Annäherung essenziell wäre, um endgültig eine politische Beruhigung der Verhältnisse in dem kleinen Balkanstaat herbeizuführen (Stichwort: „sozialer Friede“). Solange dieses schwierige Kapitel nicht abgeschlossen ist, wird es auf innenpolitischer Ebene immer wieder Konflikte und Spannungen geben, die substanzielle Fortschritte in Richtung einer klaren EU-Perspektive des Balkanlandes verhindern, weil es zu viele Vetospieler gibt.

Neben der innenpolitischen Problematik in BiH sollte aber auch die sicherheitspolitische Dimension des südosteuropäischen Landes nicht außer Acht gelassen werden, da sie auch für die EU selbst nicht gerade unerhebliche geopolitische und geostrategische Folgen haben könnte: Hier zeichnet sich – neben der EU und den USA – immer mehr ein kultureller, politischer und wirtschaftlicher Einfluss externer Akteure wie die Türkei, die Golfstaaten, Serbien und Kroatien sowie in jüngster Zeit vermehrt auch Russland und China ab. Insbesondere Russland unterhält gute politische Kontakte in die RS. Schließlich will sich Moskau als Verhinderer europäischer Integration in Stellung bringen und die EU-Erweiterungsperspektive für den Westbalkan unter allen Umständen zunichtemachen. Hierbei sollten westliche Akteure wie die EU und eigentlich auch die USA tun-

lichst darauf achten, dass Bosnien-Herzegowina nicht zum Spielball Moskaus und Pekings wird, was fatale Auswirkungen auf den ohnehin schon gefährdeten europäischen Hinterhof hätte.

Fazit

Es gilt daher, aus Brüsseler Perspektive alles daran zu setzen, dass der kleine Balkanstaat nicht in gefährliche Abhängigkeiten gerät, die ihn, so der Kippunkt überschritten werden sollte, endgültig zu einem „gescheiterten Staat“ (*failed state*) machen würden. Sollte eine angemessene politische Antwort aus Brüssel oder aus anderen europäischen Hauptstädten gegenüber den externen Akteuren nicht möglich sein, wäre unter Umständen die Stunde der Politikberater gekommen, um der europäischen Politik gerade in strategischer Hinsicht einen in die Zukunft gerichteten Rat zu erteilen. Es hängt also viel davon ab, in welche Richtung EU-Europa steuert, so der europäische Kontinent im erbarmungslosen Wettstreit der Großmächte um die Neugestaltung der Weltordnung am Ende nicht untergehen soll.

About the Author

Politikwissenschaftler Dr. Sascha Arnautović mit Sitz in Brühl (Rheinland) ist u. a. Länderexperte für Bosnien-Herzegowina und mit damit verbundenen europa- und sicherheitspolitischen Aspekten und Themen. Ferner koordiniert er in seiner Funktion als Sprecher u. a. die regionale Forschungsgruppe „Südosteuropa“ bei der Denkfabrik und beim Wissenschaftsforum „Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V.“ (kurz: KFIBS).

¹ Schmid, Sandra. 2023. „Kampf um die Ressourcen der Zukunft.“ Das Parlament, 28. August 2023, online abrufbar unter: <https://www.das-parlament.de/wirtschaft/wirtschaft/kampf-um-die-ressourcen-der-zukunft> (letzter Zugriff: 24.04.2026).

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2026

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Comment series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

office@aies.at | www.aies.at